Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

1. Sitzung 2014

vom Montag, 20. Januar 2014, 20.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin
Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin

Anwesend

48 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Irene Bugmann Oelhafen, Einwohnerrätin
Peter Roschi, Einwohnerrat
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

T r a k t a n d e n

Seite

A. Unter der Leitung der Stadtpräsidentin

1. Begrüssung 3

2. Appell 5

3. Inpflichtnahme 5

4. Bezeichnung von 2 provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern 5

5. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates für die Amtsdauer 2014/2015 6

B. Unter der Leitung der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates

6. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates für die Amtsdauer 2014/2015 9

7. Wahl der 2 Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler für die Amtsdauer 2014/2015 11

8. Wahl der 11 Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Amtsperiode 2014/2017 12

9. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer 2014/2015 14

10. Wahl der 12 Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsperiode 2014/2017 15

11. Anfragen
    11.1 Gérald Berthet: Demokratiepolitische Verfahrensprobleme in der Stadt Aarau 17

12. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulates von Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen: Aarau will das Rekrutierungszentrum nicht 19

Traktandum 1

1. Begrüssung

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich begrüsse Sie, auch im Namen des Stadtrates, ganz herzlich zur ersten konstituierenden Sitzung des Einwohnerrates der Amtsperiode 2014 bis 2017. Da es zu Beginn dieser ersten Sitzung noch keinen Einwohnerratspräsidenten oder keine Einwohnerratspräsidentin gibt, fällt mir die Ehre zu, die Sitzung bis zu deren Wahl zu leiten und auch einige Begrüssungsworte an Sie richten zu dürfen. Die Aarauer Stimmberechtigten haben Sie für die Amtsperiode 2014 bis 2017 als Einwohnerrat oder Einwohnerrätin neu oder wieder gewählt. Dazu gratuliere ich Ihnen ganz herzlich. Mit dieser Wahl hat Ihnen die Bevölkerung das Vertrauen ausgesprochen, zusammen mit Ihren Ratskolleginnen und Ratskollegen die Stadt Aarau in den nächsten vier Jahren umsichtig und zukunftstauglich mit zu entwickeln. Anstehende Aufgaben sollen zum Wohle der Stadt und mit einem Nutzen möglichst für die ganze Bevölkerung gelöst werden. Solche Aufgaben stehen in der kommenden Legislatur in mannigfaltiger Art an. Ich nenne einige: das Theaterhaus Oxer, die Sporthalle Schachen, die neue Schulorganisationsform der Schulen Aarau und Buchs-Rohr, Themen zur Alters-, Jugend- und Familienpolitik, das 2000-Watt-Konzept, die neue Aarebrücke "Pont Neuf", die Totalrevision der Nutzungsplanung, Stabilo 2 – alles Projekte und Themen, die schon im laufenden Jahr konkret werden und wo es gilt, die Balance zu finden zwischen Wachstum und Lebensqualität, Fortschritt und Tradition. Dazu wünsche ich Mut und Weitsicht. Der Einwohnerrat hat eine grosse Mitwirkungs- und Gestaltungskraft. Sie können Einfluss nehmen auf die Tätigkeit des Stadtrates und der Verwaltung. Dazu stehen Ihnen verschiedene Instrumente zur Verfügung. Ich nenne diesbezüglich die parlamentarischen Vorstösse: die Anfrage, das Postulat und die Motion. Zudem können Sie Anträge des Stadtrates abändern oder ergänzen. Jedes Instrument lässt sich wirksam und konstruktiv einsetzen. Dies wünsche ich Ihnen. Der Stadtrat und die Verwaltung sind offen für Ihre Inputs und Beurteilungen. Machen Sie zudem auch Gebrauch davon, unabhängig von Vorstössen die eine oder andere Frage direkt und unkompliziert in der Verwaltung zu klären. Oft erübrigt sich dann nämlich ein Vorstoss, was wiederum die interne Arbeit entlasten kann. Um die Aufgaben der Zukunft umsichtig und gewinnbringend zu lösen, ist das Zusammenwirken von Stadtrat und Einwohnerrat von grosser Bedeutung. Dies, auch wenn die Zuständigkeiten völlig unterschiedlich sind. Die Kompetenzen und Zuständigkeiten der beiden Gewalten sind im kantonalen Gemeindegesetz, der städtischen Gemeindeordnung und in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates geregelt. Ich lade Sie ein, diese nachzulesen und in Ihrer Fraktion zu diskutieren. Sie bilden die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit. Zu dieser ist der Stadtrat bereit, denn sie ist ihm wichtig. Stichworte dazu für die kommende Legislatur sind: Information, Kommunikation, Austausch, Transparenz, Wertschätzung und Vertrauen. Sicher haben Sie bemerkt, dass Sie der Stadtrat zu Beginn dieses Jahres nicht zur traditionellen Informationsveranstaltung über die zu erwartenden Einwohnerratsgeschäfte eingeladen hat. Der neue Stadtrat, bestehend aus vier neuen Mitgliedern und einem neuen Präsidium, möchte sich über die Form dieser und weiterer Veranstaltungen grundsätzlich Gedanken machen. Er wird anfangs April im Rahmen einer Klausurtagung die Legislaturziele erarbeiten und nimmt in Aussicht, im Anschluss daran den Einwohnerrat in geeigneter Form zu informieren. Der Stadtrat dankt Ihnen für Ihr Verständnis und Vertrauen. Zum Schluss noch dies: Politik ist eine ernsthafte Sache. Im Vordergrund sollte deshalb stets die Sachpolitik und nicht die Parteipolitik stehen. Sie werden immer wieder feststellen, dass je nach Geschäft Koalitionen über Ihre Partei hinaus denkbar sind. Ich lade Sie ein, solche zu Gunsten einer Sache gewinnbringend zu

schmieden. Politik ist aber auch eine lustvolle Sache. Sie soll Freude machen. Sie werden die Zukunft unserer Stadt in den nächsten vier Jahren mitgestalten können, dabei viel Neues erfahren und andere Menschen kennen lernen. Dies ist bereichernd. So bleibt mir zum Schluss, Ihnen für die nächsten vier Jahre viel Erfolg, Fingerspitzengefühl und Weitsicht zu wünschen, dazu aber auch eine gesunde Portion Humor und Gelassenheit.

Traktandum 2

2. Appell

Der von Ratsschreiber **Stefan Berner** unter Namensaufruf durchgeführte Appell ergibt die Anwesenheit von 48 Ratsmitgliedern. Der Rat ist damit beschlussfähig.

Traktandum 3

3. Inpflichtnahme

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin, verliest die in § 3 des Geschäftsreglementes enthaltene Gelöbnisformel wie folgt:

Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates das Wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Die anwesenden Ratsmitglieder leisten das Gelübde durch das gemeinsame Nachsprechen der Worte: *Ich gelobe es.*

Traktandum 4

4. Bezeichnung von 2 provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin, bezeichnet gestützt auf § 2 des Geschäftsreglementes als provisorische Stimmenzähler: **Marc Bachmann** und **Alexander Umbricht**. Diese beiden provisorischen Stimmenzähler bleiben bis und mit Traktandum 7 "Wahl der 2 Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler für die Amtsdauer 2014/2015" im Amt.

5. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates für die Amtsdauer 2014/2015

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Sie haben eine schriftliche Zusammenstellung erhalten, in welcher die Nominationen für die zu vergebenden Chargen aufgelistet sind. Für das Amt als Präsidentin des Einwohnerrates für die kommenden zwei Jahre wird Einwohnerrätin **Danièle Zatti Kuhn, FDP,** vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird nun näher begründet.

Martina Suter: Ein Glücksfall! Mit Danièle Zatti Kuhn darf ich Ihnen eine äusserst fach- und sozialkompetente Kollegin für das Amt der Einwohnerratspräsidentin vorschlagen. Sie ist in Suhr aufgewachsen, absolvierte in Aarau das Wirtschaftsgymnasium und studierte danach Betriebswirtschaft an der Uni in Zürich. Nach dem Studium arbeitete sie in einer internationalen Unternehmensberatungsfirma. Danach wechselte sie zum Kanton Aargau und nahm zuletzt als Leiterin Standortentwicklung eine verantwortungsvolle Führungsfunktion ein. Sie ist es somit gewohnt, Sitzungen zu leiten und Entscheide zu fällen. Seit letztem Sommer arbeitet sie als selbständige Unternehmerin im Bereich Beratung, Coaching und Training. Dort kann sie auch ihre anspruchsvollen Zusatzausbildungen, welche sie in diesem Bereich absolviert hat, nutzen. Sie arbeitet unter anderem am Kurszentrum Aarau in der Coaching-Ausbildung. Danièle Zatti fühlt sich sehr verbunden mit Aarau und seinen Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie ist verheiratet und Mutter zweier Töchter. In der Freizeit übt sie sich in klassischem Ballett oder klettert eine steile Bergwand hinauf. Seit 2011 ist sie Mitglied des Einwohnerrats und vertrat zudem unsere Fraktion in der Sachkommission. Ich erlebe sie als sehr engagierte, integre, konsensorientierte und auch wirklich humorvolle Kollegin. Dass dies nicht nur mein persönlicher Eindruck ist, zeigt auch die Wertschätzung des Einwohnerrats im letzten Herbst, als Danièle Zatti einstimmig zur Vizepräsidentin gewählt wurde und das, obwohl die Umstände ja etwas aussergewöhnlich waren: Sie ist eingesprungen, als der amtierende Vizepräsident, Reto Leiser, zum Gerichtspräsidenten in Aarau gewählt wurde und daher umgehend zurückgetreten ist. Somit amtete Danièle Zatti lediglich an zwei Sitzungen als Vizepräsidentin. Dennoch bin ich überzeugt, dass sie aufgrund ihrer vielfältigen Erfahrungen und ihrer fachlichen sowie menschlichen Qualitäten das Amt der Einwohnerratspräsidentin mit Bravour ausführen wird. Ein Glücksfall! Danke für Ihre Unterstützung.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Nachdem keine weiteren Vorschläge gemacht werden, kommen wir zur geheimen Wahl.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel			*48*
Eingelangte Wahlzettel			*48*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*1*	
	- ungültige	*0*	*1*
In Betracht fallende Wahlzettel			***47***

Anzahl der zu Wählenden	*1*	
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen	*47*	
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen	*- 0*	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen		***47***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2)*		***24***

Stimmen haben erhalten:
Danièle Zatti Kuhn *47*

Es ist gewählt:
Danièle Zatti Kuhn

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich gratuliere der neuen Präsidentin und bitte sie, den Platz der Präsidentin einzunehmen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich bedanke mich ganz herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Wie Sie von Martina Suter schon gehört haben, bin ich ein bisschen wie die Jungfrau zum Kind zu diesem Amt gekommen. Aber ich freue mich sehr über dieses Kind und werde alles geben, wirklich gut zu ihm zu schauen, auch wenn mir die Vorbereitungszeit für diese Rolle ein wenig gefehlt hat. In den letzten zwei Sitzungen, in welchen ich als Vizepräsidentin mit dem bisherigen Präsidenten da vorne gesessen bin, hat sich bei mir eine alte Schwäche in Erinnerung gerufen, die ich lange Zeit erfolgreich verdrängt habe. Sie bereitet mir jetzt ein bisschen Kopfzerbrechen. Aber sie lässt sich hier in den Einwohnerratssitzungen kaum geheim halten: Ich habe nämlich eine Kopfrechenschwäche. So schnell zwei Zahlen der beiden Stimmenzähler zusammenzählen und erst noch über den Zehnerraum hinweg, das ist etwas schwierig für mich. Eigentlich bräuchten wir drei Stimmenzähler, der 3. wäre dann fürs Zusammenrechnen zuständig, aber das ist im Reglement leider nicht vorgesehen. Ich muss diese Aufgabe vorerst wohl an Stefan Berner delegieren und darauf hoffen, dass ich mit der Übung etwas schneller werde. Denn – Sie wissen es sicher – für den Wohlstand einer Volkswirtschaft ist nebst den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen auch die Effizienz ein ganz wichtiger Faktor. Und die Effizienz ergibt sich aus der Summe der individuellen Leistungs-Potentiale. Mein langsames Rechnen würde diese Effizienz natürlich negativ beeinflussen. Wir alle hier drin können als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einen kleinen Beitrag zum Wohlstand der Volkswirtschaft leisten. Ich mit schnellem Kopfrechnen und einer effizienten Sitzungsführung, die Ratsmitglieder mit kurzen, sachlichen Voten. In der letzten Legislatur hat es sich zunehmend eingeschlichen, dass einige Rednerinnen und Redner in ihren Voten jeweils alle Fakten aus der Botschaft des Stadtrats und den Diskussionen in den Kommissionen nochmals wiederholt haben. Ich möchte Sie bitten, sich kurz zu fassen und nur die wichtigsten Erkenntnisse, die Quintessenz der Diskussionen und die Hauptargumente zur Sache darzulegen. Damit können wir uns gegenseitig die Nerven schonen, einen Grundstein für effiziente Sitzungen legen und sogar einen Beitrag an die Volkswirtschaft leisten. Der neue Grossratspräsident Thierry Burkart geht punkto Effizient in der Sitzung noch einen Schritt weiter: Er lässt jeweils den nächsten Redner schon neben dem Rednerpult warten. Dies erspare Wartezeit, weil die Grossräte offenbar langsam nach vorne flaniert sind. Das sind na-

türlich jeweils etwas mehr Mitglieder hier im Saal, als wir heute Abend sind. Und natürlich erinnert es den momentanen Redner dran, dass noch andere nach ihm reden wollen. So weit möchte ich nicht gehen, aber doch meine Bitte platzieren, nicht Bekanntes und schon dreimal Gesagtes zu wiederholen. Und wenn ich schon am Bitten bin: Wir als Einwohnerrat sind vom Volk delegiert, hier in diesem Saal gemeinsame, tragfähige Lösungen für Herausforderungen und Zukunftsprojekte für unsere schöne Stadt zu finden. Es geht nicht primär um links oder rechts, rot oder grün, blau, schwarz oder gelb, sondern um gemeinsame, mehrheitsfähige Lösungen. Hier sind wir alle trotz unterschiedlicher politischer Färbung nicht Gegner, sondern unsere Aufgabe ist es, uns für ein grösseres Ganzes und damit einen Mehrwert für unsere Stadt einzusetzen. Wenn es in einzelnen Geschäften keinen Konsens gibt, müssen wir versuchen, einen Kompromiss anzustreben. Häufig ist auch das nicht möglich, und dann entscheidet in der Demokratie bekanntlich die Mehrheit. Aber trotzdem sind wir hier nicht Gegner und ich bitte Sie, sich auch in den Voten so zu verhalten. Konstruktive statt destruktive Argumentation, "sowohl als auch" statt "entweder oder" und sachliche Argumente statt Polemik, das sind meine Wünsche an Sie. Dies schliesst natürlich auch die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat ein. In diesem Sinne freue ich mich auf viele spannende Diskussionen und eine gute Zusammenarbeit im Interesse des grösseren Ganzen, nämlich allem voran dem Wohle unserer Stadt. Und letztlich leisten wir damit auch einen Beitrag zum Wohle der ganzen Volkswirtschaft. Ich hoffe natürlich auch auf Ihre Nachsicht punkto meines Rechnens und wenn ich vielleicht nicht alle Namen von Anfang an kenne.

Ich kann Ihnen noch ein paar Informationen zum Ratsbetrieb geben: Ich werde alle liberalen Regeln meines Vorgängers übernehmen. Zu Laptops, Handys und Lismete wird es keine bestimmten Vorschriften geben. Wir appellieren aber an den gesunden Menschenverstand, d.h. es soll mit der Tastatur oder den Nadeln so leise geklappert werden, dass es niemanden stört. Pausenbier gibt es weiterhin und wir appellieren auch hier an den gesunden Menschenverstand. Bis jetzt war das ja, soviel ich weiss, noch nie ein Problem. Dann möchte ich den neuen Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen noch die Leute hier vorne vorstellen. Die Stadtpräsidentin sowie die Stadträtinnen und Stadträte kennen Sie ja bereits. Stefan Berner ist meine Rechnungs- und auch Namenshilfe am Anfang. Er ist Leiter der Stadtkanzlei, Vizestadtschreiber und Protokollführer des Einwohnerrats. Er ist eine ganz wichtige Person, da er auch zusammen mit dem Stadtrat die Traktandenliste und alles Nötige vorbereitet. Er wird mir auch helfen, wenn ich einmal bei Anträgen oder so nicht mehr weiter weiss. Emma Aeschbach ist verantwortlich für die Tonbandaufnahmen und Toni Aeschbach ist der Stadtweibel. Er führt die Präsenzliste, bei welcher Sie sich bitte bei jeder Sitzung am Anfang eintragen. Er verteilt die Post und zieht die Wahlzettel bei den geheimen Wahlen ein. Zudem nimmt er das Manuskript nach Ihren Voten entgegen. Dies hilft der effizienten Protokollführung. Wir danken Ihnen dafür.

6. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates für die Amtsdauer 2014/2015

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Für das Amt der Vizepräsidentin des Einwohnerrates für die kommenden zwei Jahre wird Einwohnerrätin **Lelia Hunziker, SP,** vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird nun näher begründet.

Gabriela Suter: Ich stelle Ihnen sehr gerne unsere Kandidatin für das Vizepräsidium des Einwohnerrates vor. Die SP-Fraktion empfiehlt Lelia Hunziker für das Amt. Wieso? Sie ist erfahren, sie ist pragmatisch und sie ist in Aarau gut vernetzt. Diese Stichworte erläutere ich Ihnen gerne genauer. Lelia Hunziker ist seit 8 Jahren im Einwohnerrat, davon hat sie 7 Jahre in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission FGPK mitgearbeitet. Bis jetzt hat sie die Gruppierung JETZT! vertreten. Neu sitzt sie für unsere Fraktion, nämlich die SP-Fraktion, im Rat. Sie teilt seit langem die Grundwerte der SP und war bereits als sehr junge Frau Mitglied der SP und auch im Vorstand der SP Aarau. Lelia Hunziker engagierte sich in den Jahren im Einwohnerrat immer auch für SP-Anliegen, so im Bereich Bildung, Kinderbetreuung, Stadtentwicklung und Kultur- und Jugendarbeit. Vor allem die Familien- und Schulergänzenden Tagesstrukturen FuSTA sind ihr ein grosses Anliegen. Aber auch rund um die Planung und die Realisierung des Fussballstadions und der Mittleren Bühne hat sie mehrere Anfragen eingereicht und ist hartnäckig geblieben. Sie hat sich immer wieder für pragmatische Lösungen eingesetzt, ohne dass sie dabei von parteipolitischen Interessen dirigiert worden ist. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die sog. "Hörnliaffäre" beim Bachfischet. Es ging dabei um das Streichen der Verpflegung der Kinder. Lelia Hunziker hat sich damals ganz pragmatisch dafür eingesetzt, dass die Kinder bis auf weiteres wieder Hörnli nach dem Bachfischet bekommen. Sie hat sich auch sehr pragmatisch dafür eingesetzt, dass die Kadettenmusik neue Uniformen erhält oder dass das Primarschulskilager durchgeführt wird, obwohl man meinte, niemand für die Leitung zu finden. Sie schafft es eben durch ihre gute Vernetzung in der Stadt Aarau, die Leute an einen Tisch zu bringen und zusammen eine Lösung zu suchen und zu finden. Beruflich arbeitet Lelia Hunziker seit vier Jahren als Leiterin der Anlaufstelle Integration im Kanton Aargau. Vorher war sie sieben Jahre lang zuständig für Kommunikation, Fundraising und Projektmanagement im Stapferhaus Lenzburg. Sie war auch jahrelang im Kernteam des KiFF in Aarau. Kultur, Bildung, Soziales und Migration sind ihre beruflichen Kernthemen. Dies macht eigentlich auch ihre Politik aus. Lelia Hunziker ist in Aarau geboren und aufgewachsen und hat die Schulen hier besucht. Sie ist Mutter von zwei Kindern im schulpflichtigen Alter. Diese sind aber schon so gross, dass sehr wohl ein politisches Engagement und die Übernahme eines solchen Amtes möglich sind. Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb, die gut vernetzte, pragmatische und erfahrene Lelia Hunziker als Vizepräsidentin des Einwohnerrates zu wählen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine weiteren Vorschläge gemacht werden, kommen wir zur geheimen Wahl.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel			*48*
Eingelangte Wahlzettel			*48*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*6*	
	- ungültige	*0*	*6*
In Betracht fallende Wahlzettel			***42***
Anzahl der zu Wählenden		*1*	
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen		*42*	
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen		*- 0*	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen			***42***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2)*			***22***

Stimmen haben erhalten:

Hunziker Lelia	*41*
Burger Simon	*1*

Es ist gewählt:
Hunziker Lelia

Die Präsidentin gratuliert Lelia Hunziker und bittet sie, den Platz der Vizepräsidentin einzunehmen.

7. Wahl der 2 Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler für die Amtsdauer 2014/2015

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Für das Amt der 2 Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler werden Einwohnerrätin **Therese Dietiker, EVP/EW,** sowie Einwohnerrat **Stephan Zaugg, SVP,** vorgeschlagen. Die Vorschläge werden nicht näher begründet. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Somit kommen wir zur geheimen Wahl.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel			*48*
Eingelangte Wahlzettel			*48*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*1*	
	- ungültige	*0*	*1*
In Betracht fallende Wahlzettel			***47***
Anzahl der zu Wählenden		*2*	
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen		*94*	
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen		*- 1*	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen			***93***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2)*			***24***
Stimmen haben erhalten:			
Dietiker Therese			*46*
Zaugg Stephan			*47*

Es sind gewählt:
Dietiker Therese
Zaugg Stephan

Die Präsidentin gratuliert Therese Dietiker und Stephan Zaugg zur Wahl als Stimmenzählerin bzw. Stimmenzähler. Sie sind ab sofort im Amt und lösen damit die provisorischen Stimmenzähler ab.

8. Wahl der 11 Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Amtsperiode 2014/2017

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wie Sie der Zusammenstellung der Nominationen entnehmen können, liegen folgende Wahlvorschläge für die Wahl der 11 Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Amtsperiode 2014/2017 vor: **Burger Simon, SVP, Dell'Aquila Silvia, SP, Dörig Andrea, SP, Fischer Ulrich, Pro Aarau, Häusermann Lukas, CVP, Hutmacher Markus, Grüne, Lüscher Rainer, FDP, Schmid Jürg, SVP, Suter Gabriela, SP, Suter Martina, FDP,** und **Waldmeier Christoph, EVP/EW.** Die Vorschläge werden nicht näher begründet. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Somit kommen wir zur geheimen Wahl.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel			*48*
Eingelangte Wahlzettel			*48*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*0*	
	- ungültige	*0*	*0*
In Betracht fallende Wahlzettel			***48***
Anzahl der zu Wählenden		*11*	
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen		*528*	
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen		*- 61*	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen			***467***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2)*			***22***

Stimmen haben erhalten:	
Burger Simon	*42*
Dell'Aquila Silvia	*37*
Dörig Andrea	*43*
Fischer Ulrich	*41*
Häusermann Lukas	*45*
Hutmacher Markus	*39*
Lüscher Rainer	*47*
Schmid Jürg	*44*
Suter Gabriela	*40*
Suter Martina	*46*
Waldmeier Christoph	*41*
Vereinzelt gültige Stimmen	*2*

Es sind gewählt:
Burger Simon
Dell'Aquila Silvia
Dörig Andrea
Fischer Ulrich
Häusermann Lukas
Hutmacher Markus
Lüscher Rainer
Schmid Jürg
Suter Gabriela
Suter Martina
Waldmeier Christoph

Die Präsidentin gratuliert den gewählten Mitgliedern der FGPK.

9. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer 2014/2015

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Für das Amt als Präsident der FGPK für die nächsten zwei Jahre wird Einwohnerrat **Markus Hutmacher, Grüne,** vorgeschlagen. Der Vorschlag wird nicht näher begründet. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Somit kommen wir zur geheimen Wahl.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel			*48*
Eingelangte Wahlzettel			*48*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*11*	
	- ungültige	*0*	*11*
In Betracht fallende Wahlzettel			***37***
Anzahl der zu Wählenden		*1*	
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen		*37*	
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen		*- 0*	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen			***37***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2)*			***19***

Stimmen haben erhalten:

Hutmacher Markus	*33*
Vereinzelt gültige Stimmen	*4*

Es ist gewählt:
Hutmacher Markus

Die Präsidentin gratuliert Markus Hutmacher zur Wahl als Präsident der FGPK.

10. Wahl der 12 Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsperiode 2014/2017

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wie Sie der Zusammenstellung der Nominationen entnehmen können, liegen folgende Wahlvorschläge für die Wahl der 12 Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsperiode 2014/2017 vor: **Eisenring Lukas, CVP, Gugelmann Elisabeth, EVP/EW, Kälin Fatine, FDP, Kaufmann Beatrice, FDP, Leitner Aline, Pro Aarau, Mazzocco Angelina, SP, Podzorski Hans Jürg, SP, Schmid Siegfried, SVP, Schneider Urs, SVP, Siegenthaler Natalie, FDP, Tschannen Michael, SP,** und **Wehrli Iris, Grüne.** Die Vorschläge werden nicht näher begründet. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Somit kommen wir zur geheimen Wahl.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel			*48*
Eingelangte Wahlzettel			*48*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*0*	
	- ungültige	*0*	*0*
In Betracht fallende Wahlzettel			***48***
Anzahl der zu Wählenden		*12*	
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen		*576*	
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen		*- 41*	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen			***535***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2)*			***23***

Stimmen haben erhalten:	
Eisenring Lukas	*46*
Gugelmann Elisabeth	*45*
Kälin Fatine	*46*
Kaufmann Beatrice	*45*
Leitner Aline	*42*
Mazzocco Angelina	*43*
Podzorski Hans Jürg	*45*
Schmid Siegfried	*44*
Schneider Urs	*44*
Siegenthaler Natalie	*46*
Tschannen Michael	*44*
Wehrli Iris	*45*

Es sind gewählt:
Eisenring Lukas
Gugelmann Elisabeth
Kälin Fatine
Kaufmann Beatrice
Leitner Aline
Mazzocco Angelina
Podzorski Hans Jürg
Schmid Siegfried
Schneider Urs
Siegenthaler Natalie
Tschannen Michael
Wehrli Iris

Die Präsidentin gratuliert den gewählten Mitgliedern des Wahlbüros.

11. Anfrage Gérald Berthet: Demokratiepolitische Verfahrensprobleme in der Stadt Aarau

Am 16. Januar 2014 hat Einwohnerrat **Gérald Berthet** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass es sich um gravierende Unterlassungen handelt?*

2. *Wer ist für die Beurteilung solcher Fragen zuständig?*

3. *Wie konnte es zu diesen Fehleinschätzungen kommen?*

4. *Ergreift der Stadtrat Massnahmen, damit derartige Fehleinschätzungen in Zukunft nicht mehr vorkommen? Wenn ja, welche?*

5. *Wie gedenkt der Stadtrat im Fall Industriestrasse und VSBN weiter vorzugehen?*

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich beantworte Ihnen die Anfrage gerne wie folgt:

Frage 1: Nein, dieser Meinung ist der Stadtrat nicht, weil er bei den einschlägigen Fällen stets offen und sachlich begründet hat, weshalb er den entsprechenden Antrag gestellt hat. So hat jetzt beispielsweise auch das Verwaltungsgericht im Zusammenhang mit der Industriestrasse explizit darauf hingewiesen, dass ausgeschlossen werden könne, dass das Gesamtprojekt Industriestrasse aufgeteilt worden sei, um auf diese Weise die Vorschriften über das obligatorische Finanzreferendum zu umgehen; Hintergrund der Aufteilung des Projekts seien vielmehr sachliche Überlegungen gewesen, die sich aus dem Zusammenspiel der Interessen der involvierten Parteien ergeben haben.

Frage 2: Zuständig für die Beurteilung solcher Fragen sind die Verwaltung, der Stadtrat und der Einwohnerrat. Der Einwohnerrat ist insbesondere deshalb auch zuständig, weil es sich jeweils um Kredite handelte, die er hat sprechen müssen und auch er dabei die Frage der Referendumsfähigkeit einzelner Beschlüsse prüfen kann. Auch das Verwaltungsgericht weist in seinen Erwägungen verschiedentlich auf die Zuständigkeit des Einwohnerrats in Bezug auf die Kreditsprechung hin. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass letztlich auch dem Einwohnerrat die Kompetenz zukommt, einen Beschluss, der lediglich dem fakultativen Referendum unterliegt, der obligatorischen Urnenabstimmung unterbreiten zu können.

Frage 3: Hier ist zuerst noch einmal auf die Antwort zu Frage 1 zu verweisen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es sich hier um keine Fehleinschätzung handelt. Detaillierter wird der Einwohnerrat aus der heute vom Stadtrat an ihn verabschiedeten Botschaft und aus dem fraglichen Verwaltungsgerichtsurteil ersehen können, wie es zu den damaligen Einschätzungen kam.

Frage 4: Der Stadtrat wird – wie bisher – auch in Zukunft entsprechende Fragen sorgfältig prüfen. Auch der Einwohnerrat hat das Recht und die Pflicht, entsprechende Fragen zu prüfen.

Frage 5: Der Stadtrat hat heute eine entsprechende Botschaft verabschiedet, welche die Mitglieder des Einwohnerrates in den nächsten Tagen erhalten werden. Dem Einwohnerrat werden die fraglichen Kredite unter Berücksichtigung der Erwägungen des Verwaltungsgerichtes unterbreitet mit dem expliziten Antrag, jene auch der Volksabstimmung zu unterbreiten.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

12. Postulat Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen: Aarau will das Rekrutierungszentrum nicht

Am 6. Januar 2014 hat Einwohnerrat **Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen** ein schriftlich begründetes Postulat eingereicht mit folgendem

Begehren: *Der Stadtrat wird aufgefordert, sich beim Regierungsrat des Kantons Aargau gegen die Stationierung des Rekrutierungszentrums in Aarau auszusprechen und um Freigabe des Kasernenareals für eine zivile Nutzung zu ersuchen.*

Mit der Einreichung des Postulates wurde von Oliver Bachmann beantragt, das Postulat an der Sitzung des Einwohnerrates vom 20. Januar 2014 zu traktandieren und zu behandeln.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Es handelt sich hier um ein dringliches Postulat. Mit Bericht vom 13. Januar 2014 beantragt der Stadtrat, das Postulat sei für dringlich zu erklären, zu überweisen und abzuschreiben. Gemäss § 16 des Geschäftsreglements muss der Einwohnerrat die Dringlichkeit erklären. Der Antragsteller hat die Dringlichkeit mündlich zu begründen.

Oliver Bachmann: Ich will auf das Geschäft an sich jetzt gar nicht eingehen, sondern Ihnen nur die Dringlichkeit erläutern. Das VBS hat im November 2013 sein neues Stationierungskonzept veröffentlicht. Darin sind auch Änderungen in der Kaserne Aarau vorgesehen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat die Möglichkeit, bis am 31. Januar 2014 dazu Stellung zu nehmen. Gemäss dem Bericht des Stadtrates vom 13. Januar 2014 räumt der Regierungsrat der Stadt Aarau die Möglichkeit für eine freiwillige Stellungnahme dazu ein. Der Einwohnerrat als repräsentative Vertretung der Aarauer Bevölkerung hat mit dem Postulat die Möglichkeit, gegenüber dem Stadtrat und der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Eine solche Stellungnahme muss natürlich erfolgen, bevor die nächsten Schritte umgesetzt werden. Natürlich kann jetzt behauptet werden, das sei eigentlich gar keine kommunale Angelegenheit. Sowohl dem Kanton Aargau wie auch dem Bund kann es aber nicht egal sein, was die Standortgemeinde dazu denkt. Die Entwicklung der Stadt Aarau zu verhindern, kann auf keinen Fall Absicht und Ziel dieser Staatsebenen sein. Deshalb braucht es heute ein Signal des Einwohnerrates als Vertreter der Aarauer Bevölkerung. Ich bitte Sie daher, das Postulat für dringlich zu erklären, damit es heute diskutiert werden kann.

Beat Krättli: Ich möchte eine kleine Korrektur zu den Ausführungen von Oliver Bachmann anfügen: Die Aargauer Regierung hat nicht bis am 31. Januar, sondern bis Ende Februar Zeit. Sie hat sich das aufgrund der Sportferien ausbedungen. Die Dringlichkeit ist deshalb alles andere als gegeben. Aber da Sie das sowieso beschliessen werden, können wir auch direkt in die Debatte einsteigen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die Dringlichkeitserklärung des Postulats

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss
Das Postulat von Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen "Aarau will das Rekrutierungszentrum nicht" wird als dringlich erklärt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Für das weitere Vorgehen schlage ich vor, dass wir Überweisung und Abschreibung direkt zusammen diskutieren. Ich eröffne somit die Debatte. Ich übergebe das Wort zuerst dem Postulanten.

Oliver Bachmann: In seinem Stationierungskonzept vom November 2013 beabsichtigt das VBS, dass in Aarau im Wesentlichen die "Durchdiener-RS" wegfällt und das Rekrutierungszentrum von Windisch nach Aarau verlegt wird. Das Kasernenareal liegt an einem strategisch günstigen Punkt in Aarau, und zwar nicht an einem militär-strategisch wichtigen, sondern an einem entwicklungsstrategisch wichtigen Punkt. Mit einer zivilen Nutzung könnte die heutige Zentrumsachse Altstadt-Citymärt-Bahnhof zu einer urbanen Innenstadt wachsen. Eine wirtschaftliche Nutzung an dieser hervorragenden Lage wäre für den Standort Aarau sehr wünschenswert. Sie würde zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Angebotswachstum in unserer Stadt beitragen. Durch neue Verbindungen für Velos und Fussgänger würden Bahnhof und Altstadt näher zusammenrücken, was der Altstadt neue Impulse geben würde. Durch die Freigabe des grossen Kasernenplatzes für die Bewohner/-innen und Besucher/-innen von Aarau könnte ein neuer Ort zum Verweilen und für Begegnung entstehen. Das Areal ist also für die Entwicklung der Stadt Aarau von immenser Bedeutung. Die Stationierung des Rekrutierungszentrums würde eine solche Entwicklung teilweise verhindern. Am heutigen Standort in Windisch ist das Zentrum gewollt und gefährdet die Entwicklung der Gemeinde nicht. Die Finanzierung der Verschiebung von Windisch nach Aarau durch die Steuerzahler des Kantons Aargau ist in diesem Zusammenhang mehr als fraglich. Deshalb haben wir sechs Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aus sechs Parteien das Postulat "Aarau will das Rekrutierungszentrum nicht" eingereicht. Mit der Überweisung des Postulats senden wir ein wichtiges Signal an den Stadtrat, aber auch an den Regierungsrat des Kantons Aargau und die Öffentlichkeit: 1. Die Stadt Aarau will das Areal künftig zivil nutzen. 2. Die Stadt Aarau will seine Innenstadt entwickeln. 3. Ein Rekrutierungszentrum würde dieser Entwicklung im Wege stehen. Ich bitte Sie um Überweisung des Postulats. Mit der anschliessenden Abschreibung sind wir selbstverständlich einverstanden.

Beat Krättli: Sachpolitik vor Parteipolitik – keine Polemik und Humor: Diese Worte klingen in meinen Ohren. Ich bemühe mich redlich, das mindestens so gut wie die Postulanten zu tun. "Das Militär ist nicht mehr erwünscht in Aarau". Das zumindest ist die Meinung von fünf Parteien und der CVP. Visionäre Lokalpolitiker haben auch schon klare Vorstellungen, wie die neue Spielwiese künftig genutzt werden soll. Die einen möchten ein künstliches Seelein oder einen lauschigen Park, andere wiederum träumen von schönen Wohnungen oder Büroräumlichkeiten oder von einer Kulturfabrik oder von einem Jugend-Club als Ersatz für's KBA und so weiter und so fort. Mit Verlaub, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Was hier momentan abläuft, kann nur noch höflich zurückhaltend als "politische Flatulenz" bezeichnet werden, oder umgangssprachlich frei übersetzt: ein rot-grüner Furz. Falls Ihnen das militärische Vokabular geläufiger ist, könnte man es auch als einen veritablen Rohrkrepierer be-

zeichnen. Ich erdreiste mich jetzt einfach auch einmal, als selbsternanntes Sprachrohr des "anderen Aarau" aufzutreten: Das Militär ist ausdrücklich erwünscht in Aarau. Liberalbürgerliche Kräfte begrüssen das Stationierungskonzept des VBS. Diese Ansicht wird u.a. auch von der Aargauer Regierung vertreten, wie das folgende Zitat zeigt: "Das Departement Gesundheit und Soziales stellt mit Freude fest, dass der Militärstandort Aargau vom Bund in seiner Bedeutung anerkannt wird. Immerhin geht es dabei nicht zuletzt um eine nicht unerhebliche volkswirtschaftliche Wertschöpfung und um Arbeitsplätze." So wurde der Sprecher von Regierungsrätin Susanne Hochuli im November 2013 in der AZ zitiert. Ein kurzer Blick auf die Chronologie der Ereignisse: Aarau hat die Stadtregierung neu bestellt und die ursprüngliche Freude über den Erhalt des Garnisonsstandortes ist – vor allem im Unteren Rathaus – einer ablehnenden Haltung gewichen. Die Armee stehe angeblich der Stadtentwicklung im Wege. Und wie immer, wenn es um millionenschwere Investitionen geht, argumentiert die Ratslinke mit den bekannten Schlagwörtern "Lebensqualität" und "Wertschöpfung". Wie diese Wertschöpfung konkret entstehen soll, bleibt leider auch in diesem Fall äusserst nebulös. An Referenzprojekten fehlt es weitgehend und jene, die zum Vergleich herangezogen werden könnten, eignen sich nur bedingt oder gar nicht. Wer immer noch an die Wertschöpfungslegende aus militärischen Anlagen glaubt, ist freundlich aufgefordert, die zivile Nutzung der ehemaligen Kasernen in Lenzburg und Zürich zu überprüfen. Wertschöpfung ist durch die alternative Nutzung nämlich keine entstanden. Es ist schlicht nicht absehbar, dass Aarau hier die Ausnahme der Regel sein sollte. Bei einem zivil genutzten Kasernenareal scheint die von der Ratslinken beschworene Wertschöpfung quasi vom Himmel zu fallen, etwa so wie das Manna im Alten Testament. Demgegenüber steht eine bekannte und real existierende Wertschöpfung von insgesamt 48 Millionen Franken – 48 Millionen Franken notabene, die direkt dem regionalen und lokalen Gewerbe und der Wirtschaft zugute kommen, und dies Jahr für Jahr. "Der Spatz in der Hand ist bekanntlich besser als die Taube auf dem Dach." Rot-grüne Wirtschaftslogik – das muss ich mir ganz ehrlich eingestehen – habe ich nie verstanden. Oder können Sie mir erklären, wieso sich Brugg-Windisch derart stark für den Erhalt des Rekrutierungszentrums einsetzt? Wohl kaum, weil die Armee ein so schlechter Untermieter ist und allen auf der Tasche liegt. Die Debatte um das Kasernenareal könnte flapsiger kaum geführt werden. "Ein sogenannter Ort des Ausschlusses soll in einen Ort der Begegnung verwandelt werden". Ort des Ausschlusses? Man könnte meinen, wir reden hier über die Piusbruderschaft und nicht über die Schweizer Armee. Aktive und ehemalige Staatsdiener monieren öffentlich, dass Aarau infolge des Wegfalls der Durchdiener-RS jetzt kein militärischer Standort mehr sei und damit alles anders wäre. Auch dieser Argumentationslogik kann ich nicht allzu viel abgewinnen. Zur Erinnerung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Aarau erhält als Ersatz für die Durchdiener-RS eines von sechs militärischen Rekrutierungszentren in der Schweiz und nebst dem Kompetenzzentrum für Militärmusik auch noch eines der Kommandos der insgesamt vier Territorialregionen. Alles in allem ist das kein unbedeutender Laden. Unsere Stadt macht, volkswirtschaftlich betrachtet, zweifelsohne den besseren Deal mit der Armee im Kasernenareal. Windisch und Kriens haben das Nachsehen. Rein arithmetisch ist davon auszugehen, dass dieser Rat das dringliche Postulat der sechs Parteien mit einer satten Mehrheit überweisen wird. Nun, es ist nicht das erste Mal, dass versucht wird, die Armee aus Aarau zu verbannen. So drohte der Kaserne Aarau bereits in den Jahren 1912, 1950, 1972 – nach der Abschaffung der Kavallerie und Ende der Neunziger Jahre im Rahmen der Armeereform XXI – die Schliessung. Der kleine, aber feine Unterschied: Damals haben sich Stadt- und Einwohnerräte noch grossmehrheitlich für den Verbleib des Militärs in Aarau eingesetzt. Heute, ein gutes Jahrzehnt später, scheinen Pragmatismus und Vernunft dem Opportunismus zu weichen. Allein bis 1996 investierten Bund und Kanton insgesamt 61 Millionen Franken in die Sanierung des Kasernenareals. Weitere Investitionen in Millionenhöhe

wurden ab 2000 getätigt. Vergleicht man die real ausgewiesene Wertschöpfung, ist es kein schlechter "Return of Investment" für den Kanton und letztlich auch für unsere Stadt. Bezeichnend ist, dass sich bis dato noch niemand gefragt hat, wie stark denn eine allfällige Übernahme des Kasernenareals die städtische Kasse belasten würde. Wir sprechen von Toppreisen, die bei einer Handänderung geltend gemacht würden. Was glauben Sie, wer sich diese Lage noch leisten kann? Wohn- und Büroraum zu Quadratmeter-Höchstpreisen – und dazu kommen noch denkmalschützerische Auflagen. Weder Bund noch Kanton haben in diesen Zeiten Geld zu verschenken. Und die Aarauer Portokasse dürfte kaum entsprechend alimentiert sein, um ein Projekt dieser Grössenordnung zu stemmen. Zu guter Letzt möchte ich Sie daran erinnern, dass wir hier nicht über ein brach liegendes, altes Fabrikgelände reden. Wir sprechen hier über ein Projekt von nationaler Bedeutung. Wir sprechen über Bevölkerungsschutz und wir sprechen über Sicherheitspolitik. Sollten Bund und Kanton entgegen den bisher geäusserten Absichten und aus gewichtigeren Gründen als blossem architektonischem Wunschdenken zum Schluss kommen, dass der Standort tatsächlich ungeeignet wäre, bleibt immer noch Zeit genug, sich über Luftschlösser, Hüpfburgen oder was auch immer Gedanken zu machen. In der Zwischenzeit gibt es genügend grössere Herausforderungen, die gelöst werden müssen: Aarau's Finanzhaushalt sollte nach Jahren des ungebremsten städtischen Ausgabenwachstums nun endlich wieder ins Gleichgewicht kommen. Es ist mir klar, dass dies eine undankbarere, unattraktivere Aufgabe ist, als Begegnungsräume und Leuchttürme von überregionaler Ausstrahlung zu planen. Aber es ist genau die primäre Aufgabe, die Ihnen der Souverän durch Ihre Wahl in den Rat mitübertragen hat – Stabilo 2 lässt grüssen. Namens der SVP-Fraktion empfehle ich Ihnen darum, das dringliche Postulat, das in Tat und Wahrheit ganz und gar nicht dringlich ist, vorerst auf Eis zu legen und ganz unaufgeregt abzuwarten, wie sich Bund und Kanton arrangieren werden. Die Kantonsregierung hat Zeit bis Ende Februar, um sich abschliessend zu den VBS-Plänen zu äussern. Momentan deutet rein gar nichts darauf hin, dass weder das VBS, noch Frau Regierungsrätin Hochuli ihre Meinung geändert hätten oder dies beabsichtigen. Darum sollte sich die beiden Räte tunlichst auf die wesentlichen Probleme dieser Stadt konzentrieren und allenfalls etwas kleinere Brötchen backen.

Therese Dietiker: Obwohl keine Fraktion so zahlreich das vorliegende Postulat unterschrieben hat – wir bestehen eben aus drei Parteien – ist uns bewusst, dass wir eigentlich gar nichts zum Kasernenareal zu sagen haben. Es ist und bleibt Sache des Kantons, sich mit der Kaserne auseinander zu setzen. Deshalb fasse ich mich auch kurz. Uns freut es, dass wir in der Botschaft des Stadtrates lesen können, dass er sich mit dem Regierungsrat zusammengesetzt hat, um die Nutzung des Areals zwischen Stadtzentrum und Bahnhof zu besprechen und anschliessend eine schriftliche Stellungnahme abgeben konnte. Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP bleibt dabei und findet es überhaupt keine "Furzidee": Die Aarauer Kaserne in ein Rekrutierungszentrum umzubauen, ist für uns keine gute Lösung. Damit bleibt ein grosses Gebiet mitten in der Stadt weiterhin unzugänglich und kann nicht zivil genutzt werden. Die Kantonshauptstadt wächst. Wir haben davon ja letzte Woche mit dem neuen Leitbild gehört. Diese Fläche auf der Achse Bahnhof / City-Märt / Altstadt könnte dabei sicher eine wichtige Rolle spielen. Das VBS organisiert sich neu und plant Sparmassnahmen, welche der Kanton dann bezahlen sollte. Diese Sparübung ist etwas eigenartig und kostspielig. Das gegenwärtige Rekrutierungszentrum in Windisch wird dicht gemacht und ein neues entwickelt. Das ist ein relativ teures Sparen. Es wäre noch zu verkraften, wenn die Gemeinde Windisch das Zentrum nicht mehr möchte, aber das ist ja nicht der Fall. Sie möchten das Rekrutierungszentrum gerne behalten und wir könnten es ihnen ja eigentlich auch sein lassen. Wir bitten Sie deshalb, dem Postulat zuzustimmen, dieses für dringlich zu erklären, zu überweisen und dann abzuschreiben.

Lukas Häusermann: Ich habe mit Wohlwollen oder Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass sowohl Beat Krättli die CVP nicht in globo mit den linken Parteien erwähnt hat. Sonst muss ich vielleicht sagen: "Gesagt ist nicht gehört und gehört ist nicht verstanden." Die CVP-Fraktion begrüsst den wohlwollenden Antrag des Stadtrates zum vorliegenden Postulat. Die Pläne des VBS bezüglich des Standorts Aarau sind für die CVP nicht zufriedenstellend. Dabei geht es uns nicht darum, das Militär nicht mehr in Aarau zu haben. Wir sind aber nicht einverstanden damit, dass man die Durchdiener-RS durch das Rekrutierungszentrum ersetzt. Die RS bringt uns rund 150'000 Übernachtungen im Jahr, beim Rekrutierungszentrum wären es noch rund 28'000. Das wäre ein schlechter Deal für Aarau und ein schlechter Deal für den Kanton Aargau, weil das Rekrutierungszentrum heute ja in Windisch steht. Wenn das VBS den Standort Aarau nicht mehr in vollem Umfang benötigt, so meinen wir, sollte der Standort auch für andere Zwecke genutzt werden können. Es ist aus unserer Sicht wichtig und richtig, dass sich der Stadtrat, aber auch der Einwohnerrat mit der möglichen Entwicklung des Kasernenareals beschäftigt. Beispiele, wie die Kaserne in Zürich oder das Zeughausareal in Lenzburg zeigen, dass mit einer Umnutzung eines ehemaligen Armeegeländes nicht zugewartet werden kann, denn es ist effektiv nicht ganz einfach zu entscheiden, was man dann nachher damit machen soll. Ein Konsens über eine Nutzung braucht Zeit und kann nicht erst dann erarbeitet werden, wenn das Areal leer steht. Wir sind also bereits gespannt auf den Bericht zur Motion, die wir ja bereits im August des letzten Jahres zu diesem Thema überwiesen haben. Wir stimmen also dem Antrag des Stadtrates auf Überweisung und gleichzeitiger Abschreibung des Postulates zu.

Rainer Lüscher: Im Rahmen des kürzlich bekannt gewordenen Stationierungskonzeptes des VBS ist klar zum Ausdruck gekommen, dass die Stadt Aarau auch künftig Militärstadt bleiben soll. Diese Stossrichtung verfolgt auch der Aargauische Regierungsrat. Die vom Einwohnerrat überwiesene Motion "Kasernenareal – Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau" verlangte ein Konzept, welches sowohl den militärischen als auch den zivilen Schild miteinbeziehen soll. Eine Mischnutzung wäre ideal. In dem nun vorliegenden, dringlichen Postulat ist die Rede von einer rein zivilen Nutzung. Das Militär soll dem Inhalt nach ganz verbannt werden. Mit dem sind wir nicht einverstanden. Es soll pragmatisch, sachlich und ruhig abgewogen werden, wie das Areal in Zukunft, sowohl durch das Militär, als auch privat, öffentlich und wirtschaftlich interessant genutzt werden könnte. Die Milizarmee ist Teil unseres Volkes und erfüllt zahlreiche, für einen in den Kernaufgaben starken Staat unabdingbare Aufgaben. Die Beibehaltung des Militärstandortes Aarau werten wir unter anderem auch für die nationale Ausstrahlung unserer Kantonshauptstadt positiv. Dass Windisch sich für eine Beibehaltung des Rekrutierungszentrums stark engagiert, spricht für sich. Anscheinend können die Verantwortlichen in Windisch nichts Negatives am Rekrutierungszentrum ausmachen. Aus unserer Sicht ist das Postulat gar nicht nötig, da der Stadtrat dem Regierungsrat bereits seine Meinung kundgetan hat. Zudem fehlte unserer Meinung nach inhaltlich die Würdigung der bisherigen militärischen Nutzung und der daraus erzielten Wertschöpfung. Ich möchte hier noch kurz etwas anfügen: In der Pause haben wir vor der Türe zwei Oberst im Generalstab getroffen. Der eine hat mir erklärt, dass es nicht darum gehe, ob man ein Rekrutierungszentrum wolle oder nicht. 2018 wird der Vertrag in Windisch auslaufen. Wenn das Rekrutierungszentrum dann nicht nach Aarau verlegt werden könne, ginge es für Windisch und für Aarau verloren. Das einfach noch als Zusatzbemerkung. Ich komme zum Schlusssatz, bin aber gar nicht mehr so sicher, ob ich ihn gleichwohl noch sagen will: Weil es gar nicht so bedeutungsvoll ist, haben wir gesagt, dass wir zur Erledigung der Angelegenheit das Postulat überweisen und abschreiben möchten.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Die Zukunft des Kasernenareals, und das haben wir jetzt auch aus der vorangegangenen Diskussion herausgehört, lässt die Emotionen hochleben. Es kommen verschiedene Haltungen und Meinungen dazu zum Ausdruck. Auch der Stadtrat – der alte und der neue – hat verschiedentlich über diese Thematik diskutiert. Wir haben gehört, dass es sich um ein Entwicklungsgebiet im Herzen unserer Stadt handelt. Es ist von grosser Bedeutung. Wenn der Stadtrat jetzt zu diesem Kasernenareal mehr sagen und zum Ausdruck bringen will, dann tut er dies nicht, weil das Militär nicht erwünscht wäre, sondern weil er es als richtig, wichtig und verantwortungsvoll anschaut, wenn sich die Stadt für die zukünftige Nutzung dieses Areals einsetzt. Es ist dem Stadtrat nicht gleich, was damit passiert. Er will im Rahmen der Möglichkeiten, welche ihm der Regierungsrat eingeräumt hat, mitreden und eine Stellungnahme abgeben. Der Stadtrat findet es richtig und wichtig, dass das jetzt in diesem Moment passiert, in dem das Stationierungskonzept des Bundes zur Diskussion steht. Es wurde bereits verschiedentlich gesagt, dass dieses Konzept vorsieht, dass der Waffenplatz Aarau zu einem Rekrutierungszentrum umgewandelt werden soll. Der Stadtrat meint, es sei ebenfalls richtig und wichtig, wenn gemeinsam mit der Grundeigentümerin, welches primär der Kanton ist, eine "Road Map" entworfen werde. Diese soll aufzeigen, in welchen Etappen das Kasernenareal einer zivilen Nutzung zugeführt werden kann. Das ist nicht etwas, das einfach in einem Schritt passiert, sondern sich über viele Jahre hinziehen wird. Wenn man ein so riesiges Areal entwickeln will, kann nicht auf einen einzigen Zeitpunkt hin der Schalter umgelegt werden, sodass aus einer militärischen Nutzung eine zivile entsteht. Es ist, wie das auch Rainer Lüscher angetönt hat, ein ruhiges, schrittweises und gemeinsames Vorgehen nötig. Sukzessive soll also die militärische Nutzung durch eine zivile abgelöst werden. Dafür braucht es eine Planung. Das kann nicht einfach dem Zufall überlassen werden. Es ist auch nicht in zwei oder drei Jahren erledigt. Deshalb möchte der Stadtrat die Planung schon bald mit dem Kanton zusammen anpacken können. Wir möchten uns als Partnerin anbieten. Wir möchten auch, dass die Arealentwicklung ab 2018 sukzessive zu greifen beginnen würde und das Areal bis 2030, wenn der Vertrag ausläuft, einer zivilen Nutzung zugeführt werden könnte. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, dass selbst der Kanton das Kasernenareal im kantonalen Richtplan eingebunden hat. Er bezeichnet das Kasernenareal dort als wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkt, welcher von kantonaler Bedeutung sei. Betonen möchte ich auch, dass nicht, wie hier ausgesagt wurde, ein "rot-grüner Schnellschuss" abgegeben werden soll. Das Kasernenareal beschäftigt die Stadt eigentlich bereits seit den Siebzigerjahren. Es gab nämlich bereits damals eine sog. THV-Studie, welche aufzeigte, wie das Areal entwickelt werden könnte. In den Achtzigerjahren gab es einen SIA-Wettbewerb, bei dem solche Pläne zum Ausdruck gekommen sind. Es ist also eine Frage, welche immer wieder beschäftigt hat, weil man sah, dass bei einem Areal an so prominenter Lage nicht einfach weggeschaut werden kann. Mit diesem Areal muss man sich befassen. Aber man muss eine umsichtige und sorgfältige Planung durchführen. Diese ist nicht primär gegen das Militär gerichtet, sondern für die Entwicklung der Stadt gedacht. Der Einwohnerrat hat mit seiner Motion vom September 2013 in dieselbe Richtung gezogen. Er hat den Stadtrat angehalten, diese Planung nun sorgfältig anzugehen und aufzuzeigen, in welchen Etappen das Areal entwickelt werden könnte. Auch im Rahmen der Totalrevision der Nutzungsplanung wird das Gebiet ein Thema sein. Diese Unterlagen haben Sie ja bereits erhalten. Es ist eigentlich nicht vorgesehen, dass Gemeinden selber Eingaben machen können, aber der Regierungsrat hat dem Stadtrat die Gelegenheit gegeben, bis am 11. Januar 2014 eine Stellungnahme abzugeben. Dies hat der Stadtrat getan. Er hat den Regierungsrat darin auch gebeten, in der regierungsrätlichen Stellungnahme zum Stationierungskonzept auch die Haltung des Stadtrates Aarau einfliessen zu lassen. In diesem Sinne ist der Stadtrat eigentlich der Meinung, dass er nicht einfach etwas Un-

sinniges macht oder einen "Rohrkrepierer" produziert. Der Stadtrat will sich später auch nicht den Vorwurf machen lassen, er hätte nicht im richtigen Moment und vorausschauend Schritte eingeleitet, um partnerschaftlich und umsichtig das Areal entwickeln zu können. In diesem Sinne bittet Sie der Stadtrat, das Postulat zu überweisen und selbstverständlich gleich abzuschreiben, denn der Brief ist bereits abgeschickt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Der Einfachheit halber schlage ich vor, dass wir die Überweisung und die Abschreibung des Postulates in einem Schritt vornehmen. Dagegen gibt es keine Einwände. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die Überweisung und die Abschreibung des Postulates "Aarau will das Rekrutierungszentrum nicht"

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat von Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen "Aarau will das Rekrutierungszentrum nicht" wird an den Stadtrat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Danièle Zatti Kuhn: Somit sind wir am Ende der ersten Sitzung dieser Legislaturperiode angelangt. Die nächste Sitzung findet am 24. Februar 2014 statt. Im Anschluss an diese Sitzung wird es dann den Präsidial-Apéro geben. Wir bitten Sie, noch eine Terminreservation einzutragen: Am 25. Februar 2014 findet voraussichtlich um 17.00 Uhr im Feuerwehrmagazin an der Erlinsbacherstrasse, 1. Stock, eine Informationsveranstaltung zum "Pont Neuf" statt. Die Einladung wird erst nach den Sportferien verschickt. Ich danke Ihnen für die gute Verhandlung und wünsche allen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU
Die Präsidentin:

Danièle Zatti Kuhn

Der Protokollführer:

Stefan Berner